



KONZEPTPAPIER

BAYERN IST BUNT

Für ein vielfältiges Bayern und
eine starke LSBTIQ*-Community

UNSER KONZEPT FÜR EIN VIELFÄLTIGES BAYERN UND EINE STARKE LSBTIQ*-COMMUNITY

Inhalt

Abstract	3
I. AKTUELLE SITUATION	3
II. UNSERE GRÜNE VISION	5
III. UNSERE MASSNAHMEN	6
A. Sicherheit	6
B. Bildung	7
C. Beratung in allen Lebenslagen	8
D. Gesundheit	9
E. Asyl und Migration	10
F. Sport	10
G. Arbeitswelt und Öffentlicher Dienst	11
H. Sichtbarkeit und Erinnerungskultur	12
Schlussfolgerung	13
Verantwortung	13
Quellen	13

Abstract

Bayern ist bunt und vielfältig, Bayern ist Land und Stadt, Ebene und Gebirge, Tradition und Moderne. So vielfältig wie der Freistaat selbst ist auch seine Bevölkerung. Fast ein Sechstel aller Bayern hat seine Wurzeln im Ausland. Und wie überall auf der Welt, in allen Ländern und Kulturkreisen, sind ca. 5-10 % der Bevölkerung Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und inter* Personen und andere „Queers“, also Menschen, die sich nicht eindeutig oder gar nicht als Mann oder Frau definieren und/oder die sich nicht oder nicht ausnahmslos als heterosexuell bezeichnen würden.

Queere Menschen bereichern die kulturelle Vielfalt und damit die Gesellschaft. Sie sind überall: im Handwerk, in der Pflege, in den Medien und an Hochschulen. Nur sieht man sie nicht so oft - und das hat Gründe. Denn queere Menschen werden tagtäglich diskriminiert, ob in der eigenen Familie, am Arbeitsplatz, in Behörden, der Schule oder im Sport. Es fehlt an substantzieller Unterstützung für trans*, inter* und nichtbinäre Menschen und an breiter Aufklärung. Es fehlt an Sichtbarkeit sowie an politischer und gesellschaftlicher Rückendeckung.

Bayern ist in Deutschland das einzige Bundesland, das den dringenden Bedarf ignoriert und sich wieder und wieder gegen einen „Aktionsplan für Vielfalt und gegen Diskriminierung“ entschieden hat. Alle anderen Bundesländer sind bereits vorangegangen. Sie haben teils ambitionierte und finanziell gut ausgestattete Aktionspläne verfasst, die echte Verbesserungen für LSBTIQ*-Personen bringen sollen. Es ist längst überfällig, dass auch Bayern endlich einen Aktionsplan für Vielfalt und gegen Diskriminierung aufstellt. Es muss endlich mehr Akzeptanz auf den Schulhöfen herrschen, es braucht Ansprechpersonen bei der Polizei und ein leistungsstarkes Beratungsnetzwerk in ganz Bayern, auf dem Land und in der Stadt.

Bis 2020 ignorierte die Staatsregierung die Bedürfnisse von LSBTIQ* und damit die Bedürfnisse von 10% der bayerischen Bevölkerung weitgehend. Erst 2021, nach jahrzehntelanger, konsequenter queerpolitischer Arbeit, nach Sachverständigenanhörungen und Expert*innengesprächen, war der Druck so groß geworden, dass erstmals Mittel zur Förderung queerer Beratungsangebote in den Haushalt eingestellt wurden.

Die Tür für queere Sichtbarkeit und Anerkennung wurde durch massiven Druck einen Spalt geöffnet. Nun werden wir dafür sorgen, dass sie nie wieder zu geht.

I. AKTUELLE SITUATION

Laut einer europaweiten Umfrage von 2016 bezeichnen sich in Deutschland 7,4% der Bevölkerung als zugehörig zur LSBTIQ*-Gemeinschaft. Aktuelle Studien aus den USA zeigen, dass der Anteil insbesondere unter jungen Menschen deutlich steigt, was mit einer erhöhten Akzeptanz von Diversität und damit einem einfacheren Coming-Out zusammenhängt.

Auch wenn in Deutschland dank der neuen Bundesregierung viele Ungleichbehandlungen abgebaut werden, steht der steigenden Akzeptanz doch eine lauter werdende Minderheit in der Bevölkerung gegenüber, die Schwule, Lesben, Bisexuelle, trans* und inter* Menschen und alle anderen Queers offen ablehnt. Auch aus diesem Grund haben mittlerweile alle Bundesländer - mit Ausnahme Bayerns - einen Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz implementiert, um Diskriminierung konsequent und stetig abzubauen. Dafür wurden und werden, je nach Bundesland, auch mehrere Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt, um Aufklärung, Sensibilisierung und Beratung zu finanzieren.

Nicht zuletzt die von der Grünen Fraktion beauftragte Studie „Queeres Leben in Bayern“ (Wagner/ Oldemeier 2020) und die von uns im Jahr 2019 initiierte Sachverständigenanhörung zur Situation queerer Menschen in Bayern belegen, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen Diskriminierung herrscht: in Schulen und im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich und im Öffentlichen Dienst. Benachteiligung und Diskriminierung sind mitunter strukturell bedingt und zeigen: Der Freistaat schenkt der Thematik viel zu wenig Aufmerksamkeit.

So sind beispielsweise Erziehungsberatungsstellen für hilfesuchende queere Jugendliche mangels sichtbarer Angebote nicht auffindbar. Wer nach Beratungsangeboten googelt, landet bei den etablierten, kommunal geförderten und von der Community getragenen Beratungsstellen in den Großstädten.

Ansprechpersonen für Opfer queerfeindlicher Delikte bei Polizei und Staatsanwaltschaft fehlen.

In den Sexualkundeunterrichtlinien der bayerischen Schulen wird nicht Akzeptanz gegenüber Diversität als Ziel ausgegeben, sondern lediglich Respekt.

Queere Asylbewerber*innen werden in Gemeinschaftsunterkünften der teils gewalttätigen Ablehnung ihrer Mitbewohner*innen überlassen und nur nach massiver Intervention zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen und einzelner, engagierter Abgeordneter in sichere Unterkünfte verlegt.

Die fehlende gesellschaftliche und politische Unterstützung führt dazu, dass die Suizidrate unter queeren Jugendlichen vier (homosexuelle) bis sechs (trans*) Mal höher ist als im Durchschnitt.¹ Sie führt dazu, dass trans* Menschen viermal häufiger in Arbeitslosigkeit leben als der Durchschnitt². Sie begünstigt, dass jeder zweite queere Mensch in Bayern in den vergangenen drei Jahren mindestens einmal Diskriminierung erfahren hat. Und sie fördert die Tatsache, dass queere Mitarbeitende aufgrund von Druck, Angst und Over-Performing im Öffentlichen Dienst gesundheitlich Schaden nehmen.

Die Liste ist lang, es gibt viel zu tun. Und genau deswegen wollen und müssen wir schnell handeln.

Bayern hat 2021 im Staatshaushalt erstmalig Mittel explizit für den Aufbau eines LSBTIQ*-Netzwerks und damit erstmals überhaupt in seiner Geschichte Finanzmittel für die queere Community bereitgestellt. Das geschah auf massiven Druck seitens der politischen, demokratischen Opposition und der queeren Zivilgesellschaft. Ein erster historischer Erfolg, aber ausreichend ist das bei weitem nicht. Wo andere Länder seit Jahren Millionen von Euro in Antidiskriminierungsmaßnahmen und Sensibilisierung investieren, glaubt die Bayerische Staatsregierung mit 500.000 Euro in einem einzigen Bereich etwas zu bewegen.

Im November 2019 fand im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags auf Antrag der Grünen Fraktion eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Queeres Leben in Bayern“ statt. Bereits 2010 gab es eine solche Anhörung. Zwischen beiden Anhörungen ist in Bayern nichts passiert.

In den Bereichen Gesundheit und Beratung, Sicherheit und Strafverfolgung, Asyl, Bildung, Sport und Wirtschaft haben Expert*innen aus ganz Deutschland eklatante Mängel aufgezeigt, insbesondere in Bezug auf das Gefälle zwischen Stadt und Land und im Vergleich zwischen den Bundesländern, sowie in Bezug auf die Situation von trans* und inter* Personen. Trans* Menschen sind zum Beispiel viermal so häufig arbeitslos wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Die für sie mitunter lebenswichtige psychologische

1 https://www.queer.de/detail.php?article_id=32443

2 <https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/webangebot/protokolle?execution=e2s1#>

Betreuung ist gerade auf dem Land nicht gewährleistet. Bis zu 16 Monate dauert es, einen Termin bei einer Fachberatungsstelle zu erhalten. In der Regel befinden sich diese, mit wenigen Ausnahmen, in München oder Nürnberg.

Für Jugendliche ist eine solide Beratungsinfrastruktur lediglich in Großstädten vorhanden. Die sogenannten Erziehungsberatungsstellen, auf die die Staatsregierung bei Kritik an der Beratungsinfrastruktur immer wieder verweist, sind meist unter kirchlicher Trägerschaft, was für viele queere Menschen aufgrund der kirchlichen Sexualmoral eine wenig attraktive Anlaufstelle ist. Die meisten haben keine oder schlechte Online-Angebote, oft ohne Verweis auf queere Themen und sind daher im so wichtigen Online-Beratungsbereich gar nicht auffindbar. Anonyme Online-Beratung fehlt nahezu in Gänze.

Aus Angst vor weiterer Diskriminierung bei der Polizei mangels expliziter queerer Ansprechpersonen, die in anderen Bundesländern längst üblich sind, bringen die Opfer queerfeindlicher Straftaten diese oftmals nicht zur Anzeige. Eine Tatsache, die dafür sorgt, dass die meisten queerfeindlichen Delikte in einem Dunkelfeld liegen, in das die Staatsregierung kein Licht werfen möchte.

II. UNSERE GRÜNE VISION

Wir betrachten Queerpolitik als gesamtgesellschaftliches Querschnittsthema und damit als Aufgabe für alle Politikbereiche. Überall, wo Menschen sind, sind auch queere Menschen. Fast überall gibt es Benachteiligung und Diskriminierung: im öffentlichen Raum, in Behörden, im Gesundheitswesen, im Sport, in Schulen, in Vereinen. Wir wollen das aktiv und schnell ändern und sichtbare Verbesserungen herbeiführen!

Sobald wir in Bayern mitregieren, werden wir unsere Vision von einem toleranten, vielfältigen Freistaat in all diesen Bereichen konsequent angehen und umsetzen.

In unserem Bayern werden Mitarbeitende im Öffentlichen Dienst in allen wichtigen Behörden, von A wie Arbeitsagentur bis Z wie Zulassungsstelle, auf einen nicht nur respektvollen, sondern akzeptierenden Umgang mit queeren Menschen geschult. Es wird Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft geben, die für LSBTIQ*-Themen speziell sensibilisiert und mit der Community eng vernetzt sind.

In unserem Bayern wird Diskriminierung bereits in Schulen und Berufsschulen durch Aufklärung und Austausch mit der Community abgebaut, die Lehrkräfte und Pädagog*innen entsprechend intensiv aus- und weitergebildet.

In unserem Bayern werden Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität aus anderen Ländern schutzsuchend geflohen sind, proaktiv in separaten, sicheren Unterkünften untergebracht. Dort können sie sich ohne weitere Sorgen auf ihr Asylverfahren konzentrieren und ihre traumatisierenden Erlebnisse professionell begleitet verarbeiten.

In unserem Bayern muss kein queerer Mensch in einer Großstadt leben, um ein gutes und sicheres Leben führen zu können. Denn egal ob Stadt oder Land, egal ob es um körperliche oder psychische Gesundheit geht: Professionelle Beratung und Versorgung gibt es flächendeckend.

In unserem Bayern sind Sport und Freizeitangebote inklusiv und offen, insbesondere für nicht-binäre Menschen. Gemeinsam mit Vereinen und Verbänden wollen wir daran arbeiten, nicht-binäre und trans* Menschen auch im Wettkampf- und Leistungssport teilhaben zu lassen.

In unserem Bayern ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Kommunen, Landkreise, Bezirke und der Freistaat buchstäblich Flagge zeigen, um die gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und damit alltäglich zu machen, wann immer es einen Anlass dazu gibt.

Viele Ministerien sind für die Umsetzung dieser Maßnahmen zuständig und müssen Hand in Hand konsequent gegen Diskriminierung vorgehen. Ein*e Landesbeauftragte*r für Vielfalt und gegen Diskriminierung wird hier verbindend aktiv sein.

Um kein Thema und keinen Bereich aus den Augen zu verlieren, wird ein Landes-Aktionsplan für Vielfalt klare Ziele vorgeben und die Entwicklung der eingeleiteten Maßnahmen dokumentieren. Auf dieser Datengrundlage wird der Aktionsplan regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt – gemeinsam mit Fachleuten und Fachstellen.

Unser Ziel ist ein sicheres, freies, offenes, tolerantes und inklusives Bayern, in dem sich alle Menschen zuhause und akzeptiert fühlen, egal wer sie sind und wen sie lieben.

III. UNSERE MAßNAHMEN

A. Sicherheit

Queere Menschen werden überdurchschnittlich oft Opfer von Straftaten. Beleidigung, Bedrohung und körperliche Gewalt auf Basis von LSBTIQ*-Feindlichkeit sind Alltag und sie passieren auch im statistisch sicheren Bayern.

Nur werden sie im Freistaat nicht verlässlich erfasst – eine explizite Einordnung obliegt den erstaufnehmenden Beamt*innen, die für LSBTIQ*-feindliche Hintergründe oft nicht ausreichend sensibilisiert sind. Queerfeindliche Delikte werden, wenn überhaupt, im Bereich „Hasskriminalität“ erfasst und gehen dort meist unter.

In anderen Bundesländern und Kommunen gibt es bei der Polizei feste Ansprechpersonen für die queere Community, bei der Staatsanwaltschaft gibt es sogar ein Schwerpunktdezernat für queerfeindliche Delikte. Seit vielen Jahren findet eine enge Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz, Beratungsstellen und der LSBTIQ*-Gemeinschaft statt. Die steigenden Zahlen an queerfeindlichen Delikten basieren unter anderem auf einem stark verbesserten Anzeigeverhalten und Vertrauen in die Institutionen. Trends und Erfahrungen in anderen Bundesländern bestätigen, dass es bei geringem finanziellem Aufwand in den Behörden eine enorme Verbesserung für die Opfer gibt.

Aktuell belegen Umfragen, dass das Anzeigeverhalten von Opfern queerfeindlicher Delikte sehr zurückhaltend ist³. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in den Annahmen, dass das, was man erlebt hat, nicht schlimm genug für eine Anzeige ist, ohnehin nichts getan werden kann oder aber, dass bei der Anzeige erneut mit Diskriminierung zu rechnen ist. Tatsächlich kommt es auch immer wieder zu Vorfällen, die eine mangelnde Sensibilisierung der Polizeibediensteten aufzeigen⁴.

³ <https://www.lsvd.de/de/ct/2391-LSBTI-in-Deutschland-Erfahrungen-mit-Diskriminierung-und-Gewalt>

⁴ <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/nach-transphober-attacke-vorwurfe-gegen-die-muenchner-polizei-art-482566>

Wir fordern daher die feste Etablierung eines intensiven LSBTIQ*-Moduls in der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Zudem wollen wir Ansprechpersonen in allen Polizeipräsidiën und den drei Generalstaatsanwaltschaften einsetzen und ein einfaches, anonymes Online-Beratungsverfahren für Opfer queerfeindlicher Gewalt einsetzen. Letzteres soll in Zusammenarbeit mit den bereits existierenden Ansprechstellen der Community umgesetzt werden.

Mit Aufklärungskampagnen und durch regelmäßigen direkten Austausch zwischen queerer Zivilgesellschaft und Beamt*innen wollen wir das Vertrauen in unsere Polizei stärken und durch ein verbessertes Anzeigeverhalten Licht ins Dunkelfeld der queerfeindlichen Delikte bringen. Auch im Polizeidienst selbst sind queere Kolleg*innen nicht vollumfänglich akzeptiert. Die Studie „Der Arbeitsalltag von LSBTIQ*-Polizeiangehörigen“ (Molitor/Zimenkova, 2021) zeigt deutlich die Notwendigkeit von Sensibilisierungsmaßnahmen innerhalb der Polizei. Queere Polizeibedienstete leiden unter ihrer versteckten Identität, die sie aus der Erwartung heraus, möglicherweise Diskriminierung erfahren zu können, gar nicht erst preisgeben. Geoutete Polizeibedienstete neigen zu Over-Performing – sie versuchen damit die angenommene oder tatsächliche Diskriminierung mit besserer Leistung zu beseitigen⁵. Sie sind von burn-out-artigen Symptomen bis hin zur Depression bedroht. Dem Risiko, aufgrund von mangelnder Akzeptanzarbeit innerhalb der Polizei wertvolle Mitarbeiter*innen zu verlieren, wollen wir mit Hilfsangeboten, ausgebildeten Ansprechpersonen und Fortbildungsmodulen auf allen Ebenen entgegenwirken.

Auch nicht-binäre und trans* Menschen können zu Straftäter*innen werden und zu Haftstrafen verurteilt werden. In einem System, das auf binärgeschlechtlichen Strukturen gebaut ist, ist für trans* und inter* Personen kein Platz. Die Zuweisung in Haftanstalten oder Maßregelvollzugseinrichtungen ist für trans* Personen zwangsläufig riskant, da sie in beiden Unterbringungsmöglichkeiten Ablehnung erfahren, und für Personen mit dem Personenstandseintrag „divers“ grundsätzlich eine falsche Einordnung darstellt.

Mittelfristig müssen Unterbringungsstrukturen geschaffen werden, um ein Angebot machen zu können, falls Straffällige nicht in eine Männer- oder Frauen-Anstalt möchten, da sie den Geschlechtseintrag „divers“ haben oder Diskriminierung durch das Personal oder andere Untergebrachte fürchten. Bis zu einer Umsetzung alternativer Unterbringungsstrukturen mit separaten Sanitärbereichen sind Sensibilisierungsmaßnahmen für das Personal sowie Weiterbildungsangebote für Führungs- und Leitungsebenen als Übergangslösung nötig.

B. Bildung

„Du schwule Sau!“. „Das ist ja voll schwul!“. „Du Schwuchtel!“. „Bist du lesbisch, oder was?“

Das sind gängige Beleidigungen auf Schulhöfen. Sie haben sich etabliert als Beschimpfung, als unwidersprochene Diskriminierung, weil Aufklärung fehlt und weil geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in bayerischen Lehrplänen kaum vorkommen.

Der Unwille, hier aktiv zu werden, zeigt sich in der Tatsache, dass im Bildungsrahmenplan in Bayern auf Intervention von fundamentalistischen Strömungen das Ziel der Akzeptanz von Vielfalt zum Ziel des Respekts abgewertet wurde. Obwohl zwischenzeitlich die Ehe für Homosexuelle geöffnet wurde, und obwohl es seit Dezember 2018 juristisch ganz offiziell mehr als nur „Mann“ und „Frau“ gibt, nämlich den positiven Geschlechtseintrag „divers“, hat die Staatsregierung eine Korrektur des Bildungsrahmenplans

⁵ [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/dp202102/\\$file/DP_2021_02.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/dp202102/$file/DP_2021_02.pdf)

verweigert. Gesetzlich gleichgestellten Personen soll also weiterhin nur Respekt entgegengebracht statt Akzeptanz gewährleistet werden. Die Akzeptanz von Vielfalt wollen wir daher fest im Bildungssystem verankern, altersgerecht über alle Schulformen hinweg. Nicht nur im Sexualkundeunterricht, sondern auch in Ethik, Kunst, Geschichte, Literatur und regelmäßig als Normalität überall dort, wo es möglich ist.

Um dies zu gewährleisten, müssen Lehrkräfte, Pädagog*innen und Schulpsycholog*innen entsprechend sensibilisiert und geschult werden. Nur so können sie Problemsituationen erkennen und darauf angemessen reagieren. Die große Nachfrage von Fachkräften bei den wenigen bestehenden Beratungsstellen in Bayern beweist, wie dringend notwendig eine flächendeckende Fort- und Weiterbildung ist.

Die beste Akzeptanzförderung bei Schüler*innen ist der direkte Austausch mit LSBTIQ* Personen. Aufklärungsprojekte sind deshalb ein zentraler Bestandteil unserer Bildungspolitik. Diese aus der queeren Community getragenen Angebote wollen wir intensiv fördern, denn ein gesellschaftlicher Auftrag darf nicht allein durch Ehrenamt und Spenden erfüllt werden. Wir stellen die Kooperation mit den bestehenden Anbietern auf solide Beine und weiten das Angebot durch Ausbildung und Förderung neuer Anbieter aus. Jedes Schulkind in Bayern soll mindestens einmal Zugang zu einem Aufklärungsangebot haben. Denn je früher für Vielfalt und deren Akzeptanz sensibilisiert wird, desto schneller erreichen wir unser Ziel: Vielfalt ist normal und fester Bestandteil unserer Gesellschaft.

Nicht nur die Bildungsinhalte, auch der Bildungsort kann Hürden für LSBTIQ* schaffen. Sanitärbereiche müssen künftig nicht-binäre und inter* Schüler*innen berücksichtigen. Unisex-Toiletten und Einzelumkleiden in Turnhallen und anderen von Schulen genutzten Sportanlagen sind hier langfristig der einzig richtige Weg.

C. Beratung in allen Lebenslagen

Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche, die spüren, dass sie nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, sind extrem wichtig. Die Mehrheit der Bayer*innen lebt nicht in Großstädten und kann damit nicht auf die dortige und oft rein kommunal geförderte Beratungsinfrastruktur zurückgreifen. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, die nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, in ihren Familien nicht geoutet sind oder auf Vorurteile und Ablehnung stoßen, sind Angebote vor Ort bzw. in guter Qualität online die wichtigsten Erstkontaktstellen. Und sie können Leben retten: Die Suizidrate unter jugendlichen trans* Personen ist fast sechsmal so hoch wie im Durchschnitt, bei bi- und homosexuellen Jugendlichen ist sie fast viermal so hoch⁶.

Bayern verweist bei Kritik bezüglich flächendeckender Beratung regelmäßig auf die 180 staatlicherseits dafür zuständigen Erziehungsberatungsstellen (EBS). Diese bieten, Stand heute, kein angemessenes Angebot für Queers. Weder sind die Trägerschaften grundsätzlich neutral und attraktiv (z.B. häufig kirchliche Träger), noch ist es der Name. Junge queere Menschen haben Beratungsbedarf, keinen Erziehungsbedarf. Fachgespräche haben gezeigt, dass auch das Personal von Erziehungsberatungsstellen hohes Interesse daran hat, für queere Kinder, Jugendliche und Erwachsene da zu sein. Oft fehlt es an Wissen und Kontakten zu Fachstellen, vom nicht vorhandenen Online-Angebot der Einrichtungen einmal abgesehen. Grundsätzlich sehen wir die Sensibilisierung von Mitarbeitenden für queere Themen als Pflichtaufgabe in bayerischen Beratungsstellen.

Um die Beratungsinfrastruktur insbesondere auf dem Land angemessen auszustatten, wollen wir in

6 <https://www.maenner.media/gesundheit/psychologie/Metaanalyse-studien-suizidgefahr-lgbtiq/>

jedem Regierungsbezirk mindestens eine leistungsstarke queere Beratungsstelle samt flächendeckender Sprechstunden aufbauen. Kein Kind und kein*e Jugendliche*r sollte länger als eine Stunde benötigen, um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln entsprechende Stellen aufsuchen zu können.

Auch das Familienbild in Deutschland verändert sich. Seit 2017 können endlich auch gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland heiraten. Daraus ergeben sich im Zusammenhang mit einem Kinderwunsch oft auch Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien oder andere Verantwortungsgemeinschaften. Ein Bewusstsein für Vielfalt auch bei Familien zu schaffen, bedarf deren Sichtbarkeit und Akzeptanz. Regenbogenfamilien haben Rechte, die über entsprechende Beratungsstellen vermittelt werden sollen. Doch auch diese Beratungsinfrastruktur konzentriert sich fast allein auf München. Dabei ist Beratung wichtig, denn viele Behörden und Institutionen sind nicht ausreichend geschult im Umgang mit neuen Familienmodellen. Auch hier werden wir ein flächendeckendes Angebot schaffen und das Netz aus bestehenden Erziehungsberatungsstellen nutzen, um in jedem Regierungsbezirk mindestens eine Schwerpunktberatungsstelle für alle Familienmodelle aufzubauen.

D. Gesundheit

Für trans* Personen ist eine längere Fahrt zu einer ärztlichen und/oder psychologischen Beratungsstelle mit enormen Hürden verbunden. Viele von ihnen bewegen sich in der Phase, in der eine Beratung dringend benötigt wird, noch sehr unsicher im öffentlichen Raum oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Trans* Personen gehören darüber hinaus zu der Gruppe, die das höchste Risiko trägt, diskriminiert zu werden.

Wir wollen im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung für Erwachsene dafür sorgen, dass Beratung im Bereich der mentalen und physischen Gesundheit flächendeckend und auch online qualitativ hochwertig und kostenlos verfügbar ist.

Aktuell liegen die Wartezeiten für Beratungsgespräche für trans* Personen laut Expert*innen bei bis zu 16 Monaten. Ein Zeitraum, der für Menschen in der psychisch vielleicht schwierigsten Phase ihres Lebens eine akute Gefahr darstellen kann. Wartezeiten müssen auf ein Minimum gesenkt oder durch kostenlose Online-Erstberatung gänzlich vermieden werden. Die Anreise, auch per ÖPNV, muss in maximal einer Stunde möglich sein.

Ein weiteres Ziel ist es, queere Paare bei der Umsetzung ihres Kinderwunsches finanziell sowie beratend zu unterstützen. Wie bei Heteropaaren seit Langem üblich, wollen wir in einem ersten Schritt eine finanzielle Förderung für die Kinderwunschbehandlung von queeren Paaren, bei denen eine Person Kinder zur Welt bringen kann, einführen.

Die Gesellschaft wird älter und Pflege somit ein immer wichtigeres Thema. Im Gegensatz zu heterosexuellen Senior*innen haben viele ältere queere Menschen keine eigenen Kinder und sind im Alter gänzlich auf eine queersensible Pflege angewiesen. Diese garantieren wir mit verpflichtenden Ausbildungsmodulen in der Ausbildung zu Kranken- und Altenpflegeberufen. Wir werden Pflege- und Wohneinrichtungen, die sich um eine Zertifizierung mit dem Siegel „Lebensort Vielfalt“ für queersensible Pflege bewerben, finanziell fördern. Ein würdevoller Lebensabend ist für uns uneingeschränkt verbunden mit einem respekt- und liebevollen Umgang gegenüber LSBTIQ* Personen. Gerade in einem Alter, in dem diese auf Hilfe durch andere und oft fremde Menschen angewiesen sind.

E. Asyl und Migration

Der Europäische Gerichtshof hat 2013 geurteilt, dass queere Geflüchtete nicht in ihre Herkunftsländer geschickt werden können, falls diese dort nur dann sicher sind, wenn sie ihre Identität geheim halten. Die Verfolgung von LSBTIQ* ist damit ein Asylgrund, auch wenn die Antragstellenden aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen.

Dennoch wurden in der Vergangenheit Asylanträge von LSBTIQ* mit Verweis auf die mögliche Geheimhaltung der eigenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität auch in Deutschland abgelehnt. Dass Menschen aber zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit dazu gezwungen waren und sind, in Gemeinschaftsunterkünften ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität verborgen zu halten, um Repressalien, Bedrohung und Gewalt durch andere Asylbewerber*innen zu entgehen, wurde dabei oft ignoriert. Sie sitzen in ihrem laufenden Asylverfahren in einer Zwickmühle.

Tatsache ist: In Sammelunterkünften mit Menschen aus Ländern, deren Gesellschaft queerphob oder queerfeindlich geprägt ist, können LSBTIQ*-Geflüchtete auf der Suche nach Sicherheit nicht offen leben. Es fehlt ein ausreichendes Angebot an sicheren Unterkünften.

Queere Asylbewerber*innen sind in der Regel davon abhängig, Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Hilfsangeboten zu erhalten und in einem aufwändigen Kampf – oft mit politischer Unterstützung – eine Einzelfallprüfung zu erhalten, um somit verlegt zu werden.

Eine Verlegung allein ist jedoch nicht ausreichend. Queere Geflüchtete brauchen Anschluss an die Community und sie brauchen separate, dezentrale Unterkünfte, um ihre Traumata psychologisch begleitet und in Ruhe und Sicherheit bewältigen zu können.

Wir fordern daher einen Ausbau von Unterkünften, die queeren Geflüchteten als Schutzraum zur Verfügung stehen, eine intensive Sensibilisierung von Sicherheitspersonal in Gemeinschaftsunterkünften sowie entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für die Leitungsebene. Queeren Asylbewerber*innen muss von Beginn an deutlich gemacht werden, dass sie sich vor der örtlichen Security und der Einrichtungsleitung nicht verstecken müssen und dass sie die Möglichkeit einer Verlegung in eine separate Unterkunft mit Anschluss an LSBTIQ*-Beratungsinfrastruktur haben.

Queere Asylberatung, die aktuell allein auf kommunaler Förderung und zivilgesellschaftlichem Engagement aufbaut, muss staatlich gefördert werden. Wir werden die Beratungsstellen personell und finanziell auf eine solide Grundlage stellen. Auch Dolmetscher*innen und alle weiteren am Asylverfahren beteiligten Personen wollen wir für queere Geflüchtete sensibilisieren.

F. Sport

Sport verbindet Millionen von Menschen in Bayern. Im Sport bilden sich Freundschaften fürs Leben, Sport ist und hält gesund. Trotz all dieser positiven Eigenschaften ist gerade der Sport noch kein Spiegel unserer vielfältigen Gesellschaft. Im Profibereich haben sich bisher kaum Sportler*innen geoutet. Und wenn ein Outing stattfindet, dann oft erst nach der aktiven Karriere. Im Breitensport sind queere Jugendliche im Vergleich zu ihrer Altersgruppe unterrepräsentiert.

Die binärgeschlechtlichen Strukturen in Amateur- und Profi-Ligen, in Trainingsräumen und Sanitärbereichen bringen insbesondere trans* und inter* Menschen an ihre Grenzen. Von selbstverständlich auch im Sportbereich gesellschaftlich verankerter Queerphobie und Queerfeindlichkeit einmal ganz abgesehen. Gemäß der Studie „Queeres Leben in Bayern“ ist der Sport einer der Bereiche, in

dem die meisten Diskriminierungserfahrungen gemacht werden.

Wir werden eine Landes-Antidiskriminierungsstelle im Bereich Sport im Innenministerium installieren. Diese soll sich um Diskriminierungsfälle kümmern und gemeinsam mit Verbänden und Vereinen Strategien erarbeiten, wie Diskriminierung im Sport konsequent abgebaut werden kann. Um die Sichtbarkeit queerer Menschen im Sport zu stärken, werden wir uns für queere Sportereignisse in ganz Bayern stark machen und entsprechende Bewerbungen sowie deren Ausrichtung finanziell unterstützen.

Die vielfältigen Sportförderrichtlinien werden wir dahingehend überarbeiten, dass auch Vielfaltsaspekte und Bemühungen gegen Diskriminierung stärker berücksichtigt werden. Sport ist für alle da. Dieser Grundsatz muss sich auch in der staatlichen Förderung wiederfinden.

Bis es bundeseinheitliche und internationale Regelungen gibt, wollen wir die Sportfachverbände dabei unterstützen, übergangsweise Regelungen zu schaffen, die es trans* und inter* Personen im Breitensport ermöglichen, an Frauen- und Männerwettbewerben teilzunehmen. Dazu wollen wir den Vereinen und Verbänden Best Practice Beispiele als Orientierungshilfe aushändigen. Außerdem setzen wir uns für eine flächendeckende Nutzung des Geschlechtseintrags "divers" in den Datenbanken der Sportverbände ein. Die vielfältige Zukunft des Sports in Bayern werden wir gemeinsam mit den Sportverbänden gestalten und regen an, dass alle Sportarten in ihren Dachstrukturen Vielfaltsbeauftragte benennen. Sie sollen für vollumfängliche Partizipation von LSBTIQ* eintreten und Maßnahmen wie die Schulung von Trainer*innen in Vielfaltsfragen umsetzen.

Um alle Maßnahmen evaluieren zu können, werden wir einen Runden Tisch „Diversität im Sport“ gründen. Dort sollen Verbände und Politik regelmäßig in Austausch miteinander treten, um Probleme zu benennen und zu lösen sowie Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

G. Arbeitswelt und Öffentlicher Dienst

Diskriminierung am Arbeitsplatz ist noch immer Alltag. Sie führt nachweislich zum Abbruch von sozialen Kontakten, zu Depressionen und nachlassender Leistung. Arbeitgeber*innen sind in der Pflicht, hier aktiv zu werden und LSBTIQ*-Arbeitnehmer*innen grundsätzlich gleich zu behandeln, Diskriminierung zu unterbinden und so ein gesundes und attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen – auch im eigenen Interesse. Denn wer gerne arbeitet, ist leistungsfähiger.

Einen großen Nachholbedarf sehen wir diesbezüglich im Öffentlichen Dienst. Der Freistaat investiert zu wenig, um queere Mitarbeitende zu unterstützen und Personalverantwortliche zu schulen. Wir werden hier eine Offensive starten, die ein Ausbildungsmodul "Vielfältige Gesellschaft" in allen Bereichen des Öffentlichen Diensts verpflichtend einführt sowie Weiterbildungen garantiert. Mitarbeiter*innen und Kund*innen sollen sich im und in Kontakt mit dem Öffentlichen Dienst wohl und akzeptiert fühlen.

Vielfaltsförderung und ihre Akzeptanz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht nur von der Politik begünstigt, sondern von Regierung, Verwaltung und Öffentlichem Dienst auch vorgelebt werden müssen. Der Staat hat Verantwortung für alle seine Mitarbeitenden z.B. bei Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, in Schulen und Hochschulen, im Gesundheitswesen, etc.

Für Personalverantwortliche werden wir Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen deswegen zur Pflicht machen, um in Betrieben und Verwaltungseinheiten ein Fundament für die Akzeptanz von Diversität zu schaffen. Auch im staatlichen Ehrenamt als Stadtrats-, Kreistags-, Gemeinderats- und Bezirksausschussmitglied darf niemand wegen seiner geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Das wollen wir mit entsprechenden Antidiskriminierungsregeln

garantieren. Politisches Ehrenamt ist ein Spiegel der Gesellschaft. Queere Menschen gehören dazu und brauchen in kommunalen Gremien und Parlamenten die Sicherheit, dass der Freistaat hinter ihnen steht und sie als Mandatsträger*innen voll akzeptiert.

H. Sichtbarkeit und Erinnerungskultur

Sichtbarkeit ist ein wesentlicher Baustein, um Akzeptanz gegenüber queeren Menschen zu generieren. Diese wird weitgehend durch die Zivilgesellschaft gewährleistet, durch queere Vereine, Bars, Clubs und vor allem durch CSD-Paraden und Demonstrationen zu anderen Gedenktagen.

In vielen Bundesländern und Kommunen ist es etabliert, diese besonderen und wichtigen Tage zu unterstützen zum Beispiel durch Beflaggung von Verwaltungs- und Regierungsgebäuden oder die Übernahme von Schirmherrschaften. In Bayern wird hiervon bisher nur spärlich Gebrauch gemacht. Wir werden uns deshalb für eine umfassende Beflaggung von staatlichen Gebäuden in Bayern zu CSDs und anderen queeren Gedenktagen einsetzen. Auch abseits von CSD und IDAHOBIT gibt es inzwischen zahlreiche wichtige Gedenk- und Sichtbarkeitstage für die Community. Diese wollen wir stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken.

Queere Menschen werden weltweit in zahllosen Ländern gesellschaftlich, in vielen zudem streng juristisch verfolgt und bestraft. Auch in Deutschland ist Homosexualität noch keine 30 Jahre legal. Der Paragraph 175, der Homosexualität unter Strafe stellte, wurde im Dritten Reich eingeführt, im Holocaust durchgesetzt und nach Kriegsende von der Bundesrepublik Deutschland in Gänze übernommen. Erst 1994 wurde der Paragraph ersatzlos gestrichen. Bis dahin gab es noch Verurteilungen aufgrund homosexueller Handlungen.

Noch im Mai 1987 wurde in Bayern im Zuge der HIV-Epidemie ein bundesweit einzigartiger, knallharter Maßnahmenkatalog beschlossen: Der damalige Schulminister Zehetmaier erklärte öffentlich die „Widernatürlichkeit“ homosexueller Orientierung, Innenstaatssekretär Gauweiler warnte vor explosionsartigen Infektionszahlen, die schwule Männer zu verantworten hätten, „Ansteckungsverdächtige“ konnten zum HIV-Test vorgeladen werden, Zivilstreifen wurden vor Schwulenbars postiert, Zehetmaier sagte über die Schwulen-Szene: „Dieser Rand muss dünner gemacht werden, er muss ausgedünnt werden.“

Diese dunklen Kapitel sind nicht ausreichend beleuchtet. Wir möchten wissenschaftliche Aufarbeitung beauftragen und fördern, um Diskriminierung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Deutschland nicht zu vergessen. Wir werden diese Zeiten im Sinne der Opfer beleuchten und die Erinnerung an das angetane Unrecht aufrechterhalten.

Schlussfolgerung

Mit den genannten Maßnahmen wollen wir queeren Menschen in Bayern die Beachtung schenken, die sie brauchen. Diskriminierung von geschlechtlichen und sexuellen Minderheiten wollen wir entschieden entgegentreten. Die Handlungsfelder, Probleme und Lösungswege wollen wir in einem "Aktionsplan für Akzeptanz von Vielfalt" zusammenfassen und damit als letztes Bundesland ein klares Zeichen setzen: Hass gegenüber und Diskriminierung von geschlechtlichen und sexuellen Minderheiten haben in Bayern keinen Platz.

Unsere Aufmerksamkeit und unsere Ideen gelten allen Menschen in Bayern, die sich als nicht cis-geschlechtlich und/oder nicht heterosexuell bezeichnen. Für uns als queerfeministische Partei sind LSBTIQ*-Menschen fester Bestandteil unserer Gesellschafts- und Gleichstellungspolitik.

Florian Siekmann, MdL
Queerpolitischer Sprecher

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum

Quellen

https://www.queer.de/detail.php?article_id=32443

Bericht zur Studie mit Link zur Studie

<https://www.bayern.landtag.de/webangebot2/webangebot/protokolle?execution=e2s1#>

Wortprotokoll zur Sachverständigenanhörung 11/2019

<https://www.lsvd.de/de/ct/2391-LSBTI-in-Deutschland-Erfahrungen-mit-Diskriminierung-und-Gewalt>

Bericht zu deutschlandweiter Studie zu Diskriminierungserfahrungen

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/nach-transphober-attacke-vorwuerfe-gegen-die-muenchner-polizei-art-482566>

Bericht über diskriminierenden Umgang der Polizei mit trans* Menschen

<https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKewiZttSb5Yr7AhU-D7KQKHS7PBEEQFnoECAkQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.gdp.de%2Fgdp%2Fgdp.nsf%2Fid%2Fdp202102%2F%24file%2FOverperforming.pdf&usq=AOvVaw3WruFD0gsyjb9sS-w3AHtx>

Studie zu Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Polizei (Zimenkova/Molitor 2020)

<https://www.maenner.media/gesundheit/psychologie/Metaanalyse-studien-suizidgefahr-lgbtiq/>

Weiterer Artikel zur Metastudie aus Quelle 1



KONTAKT



Florian Siekmann, MdL

Stv. Fraktionsvorsitzender, Europapolitischer Sprecher,
Queerpolitischer Sprecher

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2827

florian.siekmann@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
